

Nach Diskussion mit der Caritas: Alle Ratsfraktionen fordern mehr fachliche Hilfe und Beratung für Arbeitlose

„Politik trifft Caritas“ hieß es am Montagvormittag im Migrationszentrum der Caritas in der Ahrstraße. Im Rahmen der bistumsweiten Kampagne zur Kommunalwahl „Lasst keinen sitzen – Demokratie wahr machen“ hatte die Caritas zur sozialpolitischen Diskussion mit den Fraktionsvorsitzenden und Sprechern der Solinger Ratsfraktionen eingeladen. Doch dabei blieb es nicht: Der gegenseitige Austausch von Informationen, Forderungen und Standpunkten gipfelte in drei wesentlichen Punkten in ein verabredetes gemeinsames Vorgehen.

In einem kurzen Statement von Angela Lücke-Klein, in dem die beim Caritasverband für die Integrationsjobs zuständige Mitarbeiterin vor allem die Perspektivlosigkeit vieler Solinger Arbeitsloser aufgezeigt hatte, wurde man sich fraktionsübergreifend relativ schnell darin einig, dass die Zusammenarbeit von ARGE und Stadt dringend verbesserungswürdig ist. CDU-Fraktionschef Bernd Krebs, dessen Fraktion sich in diesem Punkt bisher eher zurückgehalten hatte, stimmte beherzt in den Tenor aller Ratsvertreter ein: „Da ist in der Vergangenheit wohl manches schlecht gelaufen.“

Das konnte auch ein Beitrag von Caritasdirektor Dr. Christoph Humburg zur Situation suchterkrankter Menschen nur unterstreichen. Gemeinsam mit der Caritas wollen sich nun alle Fraktionen dafür stark machen, dass Solingen, ähnlich wie Wuppertal, ein suchtspezifisches Fallmanagement bekommt, damit betroffene Personen Beratung und Hilfe von Fachleuten bekommen mit dem Ziel, wieder fit für den Arbeitsmarkt zu werden.

Für einen neuen Blick auf den Solinger Wohnungsmarkt sorgte mit seinem Statement Norbert Lesweng, der als Abteilungsleiter der Gefährdetenhilfe bei der Solinger Caritas das Problem der Wohnungslosigkeit im Blick hat. „Es gibt in Solingen zu wenig preiswerten Wohnraum. Es fehlen vor allem kleine Wohnungen“, informierte Lesweng. Seine Forderung nach einem wirklich sozialen Wohnungsmarkt verhallte nicht ungehört. Geschlossen forderten alle Fraktionsvertreter die Solinger Wohnungsbaugesellschaften auf, ihrer sozialen Verantwortung mehr als in der jüngeren Vergangenheit gerecht zu werden und versprochen, darauf politisch Einfluss zu nehmen.

Dass Solingen mit der aktuellen Arbeitslosenquote von 9,6 Prozent (Mai) das Tal der Tränen wahrscheinlich noch nicht erreicht hat, dass Armut in der Klingenstadt ein wachsendes Problem sein dürfte und dass die schuldengebeutelte Stadt diesen Anforderungen alleine nicht gewachsen ist – darin waren sich Politik und Caritas einig. Dr. Christoph Humburg, seit 1. Mai Direktor des fusionierten Caritasverbandes Wuppertal/Solingen, stieß mit seinem Vorschlag, Solingen möge sich ähnlich wie beim Bündnis „Wuppertal wehrt sich“ gegenüber dem Land für eine bessere finanzielle Ausstattung stark machen, auf Zustimmung. Auch in Solingen können die schwer wiegenden sozialen Probleme nur mit stärkerem Rückhalt durch das Land bewältigt werden. Dazu gehört dann auch die Tatsache, dass mehrere Solinger Grundschule dringend mehr Räumlichkeiten für die Angebote der Offenen Ganztagsgrundschule brauchen. Dass in diesen Tagen anmeldenden Eltern erste Absagen erteilt werden, weil die räumlichen Voraussetzungen für weitere Gruppen nicht vorhanden sind, wurde von allen politischen Sprechern als „Unding“ bezeichnet. Tim Kurzbach (SPD) sprach allen aus der Seele: „Das können wir so nicht hinnehmen.“



„Politik trifft Caritas“ hieß es am Montagvormittag. Norbert Lesweng, Angela Lücke-Klein und Caritasdirektor Dr. Christoph Humburg (sitzend von links nach rechts) diskutierten mit den Fraktionsvorsitzenden und -sprechern der Solinger Ratsfraktionen: Martina Zsack-Möllmann (Bündnis 90/Grüne), Gerd Schlupp (Die Linke), Tim Kurzbach (SPD, Heinz Bender (BfS), Gabriele Reimers (FDP), Bernd Krebs (CDU), Maria Belen-Ries (FBU), von links stehend.